

Klaus Schroeder

DAS VEREINTE LAND
DIE GESPALTENE GESELLSCHAFT

Klaus Schroeder

DAS VEREINTE LAND

DIE GESPALTENE GESELLSCHAFT



**Bibliografische Information
der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese
Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind
im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.



ISBN 978-3-95768-260-4

© 2024 Lau-Verlag & Handel KG, Reinbek

Internet: www.lau-verlag.de

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung
und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten.

Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form
(durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren)
ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert
oder unter Verwendung elektronischer Systeme gespeichert,
verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Umschlagentwurf: pl, Lau-Verlag, Reinbek
Umschlagabbildung: © iStock.com/ACMPhoto
Satz und Layout: pl, Lau-Verlag, Reinbek
Druck und Bindung: Finidr, s.r.o.
Printed in Czech Republic

*Für meine Frau Monika und
meinen Enkel Emilio*

Inhalt

Vorwort	9
Einleitung	11
1 Das geteilte Deutschland	17
2 Der 17. Juni 1953	37
3 Der Mauerbau	53
4 Der Mauerfall und seine Folgen	75
5 Der vereinigungsbedingte politische und soziale Umbruch	79
6 Schlussbilanz der DDR: Realität und Wunschbilder	87
7 Die Umwelt vor und nach 1990	101
8 Rechtsextremismus aus der Tiefe des sozialistischen Raums	107
9 Lebensbedingungen und Mentalitäten: die Wiederauferstehung der DDR	141
10 Deutschland heute	145

11 Die unterschiedliche soziale Situation und das unterschiedliche Verhältnis zu Demokratie, Wirtschaft und Gesellschaft	149
12 Antizionismus und Antisemitismus	155
Fazit: Ende der Debatte?	173
Literaturverzeichnis	177

Vorwort

Am 3. Oktober 1990 wurde durch ihren Beitritt zum Geltungsbereich des Grundgesetzes die gut 40 Jahre zuvor gegründete DDR Geschichte. Sie war – wie im Westen Deutschlands die Bundesrepublik – als Folge der bedingungslosen Niederlage im vom nationalsozialistischen Deutschland entfesselten Weltkrieg entstanden und ging unter, als die Menschen mit Massendemonstrationen und Massenflucht den Fall der Mauer und den Sturz der Diktatur erzwangen.

Wer geglaubt hat, die Ost-West-Thematik hätte sich nach über drei Jahrzehnten Wiedervereinigung erübrigt, sah und sieht sich getäuscht. Nahezu täglich – gerade in jüngster Zeit – erscheinen in den Medien Artikel zu diesem Thema. Die *Zeit* erstellte im Dezember 2023 eine Liste mit den »zehn wichtigsten Bücher über den Osten 2023«. Ihre Verkaufszahlen liegen zum Teil in einen astronomisch hohen Bereich: Dirk Oschmann erreichte eine Auflage von 175 000 Büchern, Katja Hoyer von 40 000. Auch Romane haben Konjunktur – ein Roman von Juli Zeh und Simon Urban verkaufte sich 260 000 Mal. Mit wenigen Ausnahmen – wie etwa der Roman von Anne Rabe – krankten die Bücher daran, dass sie nur bestimmte Sichtweisen und Aspekte aufgreifen. Das vorliegende Buch will dem entgegenreten und einen umfassenden Überblick über diesen Abschnitt der Zeitgeschichte liefern. Gerade für jüngere Generationen ist es wichtig, Fakten und Zusammenhänge

der ost- und der westdeutschen Geschichte zu kennen, um idealisierte Beschreibungen hinterfragen zu können.

In das Buch gingen Abschnitte ein, die der Autor an anderer Stelle veröffentlicht hat. Sie wurden jedoch in einen neuen Kontext gestellt beziehungsweise in die Argumentation integriert. Zur besseren Lesbarkeit verwende ich das generische Maskulinum, aber selbstverständlich sind männliche und weibliche Personen hierunter gefasst. Des Weiteren verzichte ich auf Fußnoten und Zitate, um ein breiteres Publikum zu erreichen. Die in die Argumentation einbezogene Literatur steht am Ende des Buches.

Mein Dank gilt dem Verleger Willi J. Lau und seinem Sohn Patrick Lau. Die Zusammenarbeit mit ihnen war erneut sehr angenehm.

Johanna und Gert Wanka sowie Jörg Drieselmann danke ich für die kritische Durchsicht des Manuskripts und ihre konstruktiven Anmerkungen.

Mein Enkel Emilio stand mir mit seinen technischen Fähigkeiten tatkräftig und hilfreich zur Seite. Dafür danke ich ihm herzlich. Mein besonderer Dank gilt meiner Frau Monika, die mehrfach den gesamten Text sorgfältig redigiert und inhaltlich und sprachlich verbessert hat. Beiden widme ich dieses Buch.

Berlin, im Mai 2024

Einleitung

Gut 30 Jahre nach der Wiedervereinigung wird immer noch über Ost und West diskutiert und gestritten. Insbesondere in den letzten beiden Jahren haben die Kontroversen zugenommen, ohne dass die einzelnen Aspekte und Themenbereiche angemessen behandelt wurden.

Bei einer Befragung im Auftrag der ARD 2023 stimmten 78 % Westdeutsche und 83 % Ostdeutsche der Aussage zu, Kultur und Mentalität im Westen und Osten seien immer noch unterschiedlich. 77 % der Ostdeutschen gegenüber 49 % der Westdeutschen gaben an, die Lebensleistung der ehemaligen DDR-Bürger werde in Deutschland nicht ausreichend wertgeschätzt.

Vor allem die Bücher von Dirk Oschmann und Katja Hoyer bestimmen – vorwiegend im Osten – mit erheblicher Resonanz beim Publikum die Richtung der Diskussion. Mit seinem Buch *Der Osten: eine westdeutsche Erfindung* machte Dirk Oschmann (geboren 1967 in Gotha) Furore. Das Buch stand mehr als 40 Wochen auf der *Spiegel*-Bestsellerliste und verkauft sich nach Angaben des Verlages vor allem im Osten gut (80 %). Das verwundert nicht, handelt es sich doch um eine Streitschrift für die Ostdeutschen.

Im Buch geht es vor allem um die vermeintliche massive Kritik aus dem Westen am Osten. Zentrale These ist Oschmanns Klage, der Westen würde den Osten benachteiligen und herabwürdigen. Seiner Meinung nach gibt es nur zwei vom Westen zugelassene und halbwegs akzeptierte Varian-

ten, sich zum Stigma der ostdeutschen Herkunft ins Verhältnis zu setzen: die Selbstkritik der Herkunft aus einem Unrechtsstaat und die Selbstdemütigung.

Der Westen habe nach der Wiedervereinigung den Osten nicht zuletzt über die Universitäten kolonisiert, gleichsam »misshandelt«. Ostdeutsche verfügten über weniger Vermögen, geringere Löhne und Renten (was nicht stimmt) und könnten weniger (ver)erben. Offensichtlich weiß er nicht, dass die besseren westdeutschen finanziellen Zustände der sozialen Marktwirtschaft der Bundesrepublik geschuldet sind, die der zentral gesteuerten Planwirtschaft haushoch überlegen war. Die Schlechterstellung der Ostdeutschen müsste er den für die sozialistische Diktatur verantwortlichen Kommunisten in Rechnung stellen.

Die Behauptung, der Osten stehe der freiheitlich-liberalen Demokratie ferner als der Westen, weist Oschmann zurück. Die Ostdeutschen verständen die Demokratie sogar besser, weil sie sich diese hätten erkämpfen müssen. Insofern würden sie nicht nur die Demokratie wertschätzen, sondern viele Dinge anders und manches schärfer sehen!

Ansichts dieser »Beweisführung« muss man sich allerdings fragen, warum in den ostdeutschen Ländern nach 1990 oftmals Links- und Rechtspopulisten eine Mehrheit bei Wahlen erzielten und die AfD bei Umfragen inzwischen zur stärksten Partei geworden ist.

Oschmanns Fazit ist eindeutig: Der Osten wird schlechtgeredet, obwohl er viel besser ist, als es vielen Westdeutschen scheint. Die Frage, ob die Differenz zwischen Ost und West system- und vergangenheitsbedingt nicht doch mehr als regionale Differenzen umfasst, stellt er nicht. Nicht die Gegensätze Ost-West sollten seiner Meinung nach im Vordergrund der Betrachtung stehen, sondern »das ganze Land« im historisch gewachsenen Reichtum

seiner unterschiedlichen Regionen, Dialekte, Mentalitäten und Kulturlandschaften. So ebnet Oschmann – bewusst oder unbewusst – historisch das Erbe der sozialistischen Diktatur ein. Hierzu passt Erich Honeckers Spruch wie die Faust aufs Auge: Vorwärts immer, rückwärts nimmer!

Katja Hoyer, 1985 in Guben geboren, ging nach dem Mauerfall nach England und arbeitet als Publizistin. In ihrem Buch *Diesseits der Mauer. Eine neue Geschichte der DDR 1949–1990* schildert sie die Geschichte der DDR, die ihrer Meinung nach mehr war als Mauer und Stasi. Das Buch verkauft sich ebenfalls sehr gut. Tatsächlich ist es eine »neue« Geschichte der DDR, einer DDR jedoch, die es nicht so gab, wie Hoyer behauptet. In ihrer Darstellung trennt sie z. B. Staat und Gesellschaft voneinander; die Rolle von Stasi und NVA berücksichtigt sie nicht angemessen. Der Alltag, so bunt oder lebendig wie er war, blieb immer ein Alltag innerhalb einer Diktatur, in der die Partei – die SED – dem Staat vorgeschaltet war und das eigentliche Sagen hatte. Da offenbar alles »nicht so schlimm« war in der DDR, hätte es die »Wende« nicht geben müssen, wie Hoyer den Zusammenbruch der sozialistischen Diktatur ganz im Sinne von Egon Krenz schlicht bezeichnet. Ihr Buch trägt zur weiteren Verklärung der SED-Diktatur und des von Kommunisten errichteten Sozialismus bei. Geschichte, so meint Hoyer, lasse sich nicht begradigen – ja, vor allem eine Diktatur nicht, könnte man ihr antworten!

Auch die 1974 in Beeskow geborene *Tagesspiegel*-Journalistin Sabine Rennefanz teilt die ostdeutsche Kritik am Westen und behauptet zum Beispiel, in der DDR habe »alles allen gehört« und der Westen habe sich per Einigungsvertrag ostdeutsches Eigentum und Vermögen einverleibt. Dass im SED-Staat Eigentum Partei- und Staatseigentum

war, auf das der Einzelne keinen Zugriff hatte, scheint Frau Rennefanz nicht zu wissen.

Die Einkommensunterschiede (Brutto) nach der Wiedervereinigung zwischen West- und Ostdeutschen beispielsweise, die immer wieder als Nachteil des Ostens erwähnt werden, liegen an der im Osten geringeren Tarifbindung, an mehr kleineren Betrieben, die weniger Lohn zahlen können, und an einer geringeren Produktivität. Auf der Nettoebene reduziert sich die Differenz. Die im Osten im Schnitt geringeren Lebenshaltungskosten führen zu einer weitgehenden Angleichung (etwa 90 % bis 95 %) der realen Lebensverhältnisse. Regionale Unterschiede zwischen und innerhalb der westdeutschen Länder fallen zum Teil erheblich größer aus, was ein zentralistisch ausgerichteter Blick nicht erkennt. Innerhalb von Bayern beträgt die maximale Einkommensdifferenz zwischen den Landkreisen 77 %, in Hessen etwa 54 % und in Schleswig-Holstein etwa 42 %.

In den neuen Ländern fällt sie dagegen deutlich geringer aus (Thüringen 27 %, Sachsen 11 %). In den alten Ländern beträgt die Differenz zwischen dem reichsten und dem ärmsten Landkreis etwa 88 %, in den neuen Ländern etwa 29 %, wie die Statistik ausweist. Die Entwicklung vor allem in einigen ostdeutschen Städten wie z. B. Dresden und Leipzig wird einen lokal differenzierten Angleichungsprozess verstärken.

Deutlich nuancierter als Oschmann und Hoyer beschreibt Anne Rabe, 1986 in Wismar geboren, in ihrem Buch *Die Möglichkeit von Glück*, warum Ost und West in der subjektiven Wahrnehmung immer noch getrennt sind. Maßgeblich sei zum Beispiel der Einfluss von Erzählungen der Eltern. Noch 1996 hätte ihr Vater behauptet, im Kommunismus seien alle gleich und würden das Gleiche verdie-

nen. Klassenunterschiede seien eine Erfindung der Herrschenden. Die negativen Seiten der DDR, beispielsweise über Spezialheime wie in Torgau und Zwangsarbeiterlager, habe sie erst durch eigene Recherchen erfahren. Die Ursachen für den in Ostdeutschland weitverbreiteten Wunsch nach autoritären Staatsformen und das Anwachsen rechtspopulistischer Strömungen sieht Rabe in der Vergangenheit der sozialistischen Diktatur. Ihrer Meinung nach gibt es in Ostdeutschland eine »vererbte Brutalität«. Die rechte Gewalt ist für sie »so erschreckend wie seltsam vertraut«.

Die hohe Resonanz der Bücher von Oschmann und Hoyer insbesondere unter Ostdeutschen lässt sich nicht zuletzt mit der hohen Identifikation von Ostdeutschen mit Ostdeutschland erklären. Die beachtliche Verbundenheit der Ostdeutschen mit Ostdeutschland zwischen 1992 und 2020 zeigt sich mit 69 % im Jahr 1992, erhöht sich danach auf 80 %, geht dann 2014 auf 66 % zurück und steigt 2020 wieder auf 77 %. Die Identifikation der Westdeutschen mit Westdeutschland liegt deutlich niedriger, sie sehen sich in hohem Maße als Deutsche.

Zu anderen Ergebnissen als Oschmann, Hoyer und auch Rennefanz kommt eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung vom Sommer 2023 zum Zustand der Demokratie. Nur ein gutes Drittel der Befragten in Ostdeutschland zeigte sich mehr oder weniger zufrieden mit der Demokratie (gegenüber knapp 53 % in Westdeutschland), zwei Drittel hielten es für sinnlos, sich politisch zu engagieren. Ein gutes Viertel der Befragten zählte sich selbst zu den Verlierern der »Wende«. Aber mehr als zwei Drittel gaben an, froh zu sein, die DDR noch selbst zu erlebt haben. Die Zufriedenheit unter den befragten Ostdeutschen mit ihrem Leben in der DDR scheint demnach sehr hoch zu sein, nicht zuletzt zur Stärkung ihres Selbstwertgefühls.

Des Weiteren konstatiert die Studie einen Hang zur Verschwörungsmentalität in Ostdeutschland. Gut ein Viertel der Ostdeutschen ist explizit ausländerfeindlich eingestellt. Gut ein Drittel meint, Juden hätten zu viel Einfluss, und knapp jeweils ein Drittel behauptet, Juden arbeiteten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks, um das zu erreichen, was sie wollten. Juden hätten einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passten nicht so recht zu uns.

Bücher wie die von Dirk Oschmann und Katja Hoyer – so lässt sich resümieren – blenden die wesentlichen Aspekte der deutsch-deutschen Geschichte vor und nach 1990 und vor allem die negativen Dimensionen der sozialistischen Diktatur weitgehend aus, indem sie ihr Augenmerk ausschließlich auf die Befindlichkeiten der ehemaligen DDR-Bevölkerung legen. Um die unterschiedliche Geschichte der beiden deutschen Staaten und die gemeinsame Geschichte des vereinten Deutschlands in allen Facetten zu begreifen, darf das »individuelle« Leben nicht ausgeklammert, aber auch nicht verallgemeinert werden.

Hierzu möchte das vorliegende Buch einen Kontrapunkt setzen und faktenorientiert »bessere« Antworten geben, um die Diskussion auf ein höheres Niveau zu stellen und einen umfassenden Überblick über diesen Abschnitt der Zeitgeschichte zu liefern, insbesondere bezogen auf Ostdeutschland und die Ostdeutschen.

1

Das geteilte Deutschland

Früher war alles besser! Den Eindruck könnte man gewinnen, wenn man Ost- und Westdeutsche über ihre Vergangenheit im geteilten Deutschland sprechen hört. Für viele Ostdeutsche ist die DDR mehr als drei Jahrzehnte nach ihrem Ende zu einem sozialen Paradies oder zumindest zu einem lebenswerten Sozialstaat mutiert. Viele, vor allem ältere Westdeutsche sehnen sich nach den »guten alten Zeiten« im Wirtschaftswunderland, in dem sie sich sehr wohlfühlt haben.

Das geteilte Deutschland bildete die Speerspitzen im jahrzehntelangen Kampf der Systeme, den die freiheitlichen Demokratien des Westens bekanntlich gegen die sozialistischen Diktaturen des Ostens gewannen.

Die DDR verabschiedete sich am 3. Oktober 1990 nach 41 Jahren von der Bühne der Geschichte. Die Bundesrepublik, die sich immer als Staat für alle Deutschen verstanden hatte, nahm am 23. August 1990 auf Antrag der einzigen frei gewählten Volkskammer der DDR die inzwischen formal neu gebildeten fünf Länder (und Ost-Berlin) in ein wiedervereinigtes Deutschland auf. Die Verfassung der Bundesrepublik, das Grundgesetz, das sich über Jahrzehnte bewährt hatte, wurde ebenso wie die politischen und gesellschaftlichen Institutionen im wiedervereinigten Deutschland beibehalten.

Die Wiedervereinigung erfolgte als freiwilliger Beitritt der DDR zur Bundesrepublik, war weder eine Übernahme noch ein Anschluss oder gar eine Einverleibung. Aufgrund der unterschiedlichen politischen und ökonomischen Ausgangslagen konnte sie nicht auf Augenhöhe erfolgen. Für die meisten Westdeutschen ging das Leben, abgesehen von erheblichen finanziellen Einbußen, weiter wie zuvor, für Ostdeutsche änderte sich nahezu alles. Sie mussten ins kalte Wasser der neuen Ordnung springen.

Der historische Hintergrund für diese soziale Entwicklung resultiert aus der Gegensätzlichkeit der Systeme. Während sich in der Bundesrepublik eine »nivellierte Mittelschichtsgesellschaft« herausbildete, entstand in der DDR nach Vertreibung und Flucht großer Teile des Bürgertums ein »Land der kleinen Leute«, das, abgesehen von vereinzelten Ausnahmen, mit bürgerlichen Orientierungen oft nicht viel anfangen konnte.

Die Sozialstruktur der DDR hatte deutlich stärker als in der Bundesrepublik politischen Charakter. Die neue sozialistische Elite verdankte ihren Aufstieg der SED, die unbedingte Loyalität und Pflichterfüllung erwartete. Unabhängig davon, wie der Einzelne zum SED-Staat und seinen ideologischen Vorgaben stand, wirkten nach dem Zusammenbruch der DDR bei vielen Menschen soziale Verhaltensstrategien der sozialistischen Diktatur weiter. Vor allem die Vorstellung, ein starker Staat könne alles regeln, wenn er nur wolle, hatte sich in vielen Köpfen festgesetzt. So verwundert nicht, dass bis zum heutigen Tag der Wert der Freiheit unter Ostdeutschen deutlich weniger geschätzt wird als unter Westdeutschen. Ostdeutsche votieren dagegen häufiger für mehr soziale Gleichheit als Westdeutsche, nicht zuletzt, weil sie sich immer noch benachteiligt fühlen. Im Jahr 2020 erklärten rund zwei Drit-

tel der Ostdeutschen, sie fühlten sich als Bürger 2. Klasse behandelt.

Alliierte Vorgaben im Nachkriegsdeutschland

Der vom nationalsozialistischen Deutschland 1939 entfesselte Weltkrieg führte knapp sechs Jahre später zur bedingungslosen Kapitulation und zur Teilung des Landes. Bis 1990 hing das Schicksal des geteilten Deutschlands zuallererst von den internationalen Konstellationen ab. Sie diktierten die Bedingungen der Teilung und eröffneten später die Perspektiven der Vereinigung. Deutschland war 45 Jahre lang aus vielerlei Gründen eine besonders sensible Nahtstelle des Eisernen Vorhangs.

Die selbst verschuldete, aber auch erzwungene Teilung ließ die Deutschen in Ost und West in zwei sich feindlich gegenüberstehenden Teilstaaten leben. In dem Maße, wie sich die beiden Staaten auseinanderentwickelten, veränderte die jahrzehntelange unterschiedliche Sozialisation das Verhältnis der Bewohner zueinander, trotz gemeinsamer Vorgeschichte und mitunter alter Bindungen. Erst nach der Vereinigung merkten viele Menschen, wie fremd ihnen die Landsleute jenseits der Grenze (geworden) waren. Für die älteren Generationen mag das Bild von Zwillingen zutreffen, die, frühzeitig getrennt und in unterschiedlichen Verhältnissen aufgewachsen, auch noch nach Jahrzehnten starke Gemeinsamkeiten aufweisen. Für die nach 1945 Geborenen ist dagegen das Gewicht der jeweiligen Binnenprägungen bedeutsamer, sie sind nicht zuletzt mehr oder weniger stark von familiären Erzählungen beeinflusst. Das Aufwachsen und Leben in unterschiedlichen und in vielen Bereichen gegensätzlichen Systemen ließ die

Menschen im wahrsten Sinne des Wortes in anderen Welten leben.

In beiden Teilstaaten entwickelten sich nahezu alle Verhältnisse diametral: die Ordnung von Politik und Wirtschaft, die Sozialstruktur und die gesellschaftlichen und kulturellen Sozialisationsbedingungen. Die sich als Folge herauskristallisierenden unterschiedlichen Lebensweisen erfuhren durch den wachsenden Abstand materiellen Wohlstands eine zusätzlich differente Prägung, die sich in den letzten Jahren sogar zum Teil erneut verstärkt hat.

Die Alliierten installierten ein in den einzelnen Zonen unterschiedliches Besatzungsregime und begannen mit dem Aufbau neuer politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Institutionen. In der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) bestand der deutsche Einfluss auf die Gestaltung der Nachkriegsordnung in der von kommunistischer Seite praktizierten Assistenz sowjetischer Politik. In den Westzonen blieb er begrenzt, da nur innerhalb eines vor allem von den USA vorgegebenen Rahmens agiert werden konnte. Sie stützten sich bei der Demokratisierung Westdeutschlands und der Vorbereitung der Gründung eines Teilstaates auf politisch unbelastete, zumeist schon in der Weimarer Republik aktive Politiker wie Konrad Adenauer (CDU) und Kurt Schumacher (SPD).

Zum Zeitpunkt der Gründung der beiden deutschen Staaten im Jahr 1949 waren die Weichen für unterschiedliche politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnungen also bereits gestellt. Das Modell Bundesrepublik fußte auf einer freiheitlichen liberalen Demokratie mit einer sozialen Marktwirtschaft, das ostdeutsche auf einer sozialistischen Ein-Parteien-Diktatur mit zentralistischer Planwirtschaft. Politiker beider Seiten waren überzeugt, das jeweils eigene System sei dem anderen überlegen und

die Bevölkerung des anderen Teils würde, wie von einem Magneten angezogen, zum Konkurrenzmodell überlaufen. Die Magneten waren – wie im November 1989 deutlich werden sollte – Freiheit und Wohlstand.

Das unter alliierter Beobachtung und Kontrolle von deutschen Demokraten entworfene, beratene und verabschiedete Grundgesetz der Bundesrepublik bildete die Grundlage für eine freiheitliche, föderale, soziale und demokratische Republik. In bewusster Abgrenzung zur Weimarer Republik, aus deren Fehlern man lernen wollte, stärkte das Grundgesetz die Rolle von Parteien und Verbänden im politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess, verankerte die Gewaltenteilung, bestimmte das Verhältnis zwischen Zentralgewalt und Ländern unter Betonung föderalistischer Prinzipien neu und erklärte die (individuellen) Menschenrechte für unantastbar. Deren Einhaltung konnte das 1951 eingerichtete Bundesverfassungsgericht jederzeit überprüfen. Im Laufe der bundesrepublikanischen Geschichte entschied es darüber hinaus in zunehmender Weise de facto auch über strittige politische Fragen.

Das für das Grundgesetz maßgebliche Konzept der »streitbaren Demokratie« fußt auf der Unantastbarkeit bestimmter Werte (Wertegebundenheit) und der aktiven Bekämpfung von Verfassungsfeinden (Abwehrbereitschaft). Ein antitotalitärer Konsens, der gleichermaßen Nationalsozialismus und Kommunismus ablehnt, verband alle demokratischen Parteien in besonderer Weise. Von linker Seite wurde unterstellt, die Bundesrepublik sei vor allem antikommunistisch eingestellt und nicht gegen einen neuen Faschismus/Nationalsozialismus und damit gleichermaßen gegen Diktaturen von links und rechts gewappnet. Diese Behauptung unterschlägt – zumeist bewusst – den doppelten Charakter des antitotalitären Konsenses.

Anders als die DDR stellte sich die Bundesrepublik in die Rechtsnachfolge des Deutschen Reiches und übernahm nicht nur Lasten wie die Tilgung der deutschen Auslandsschulden und die Anerkennung und Umsetzung materieller Wiedergutmachung, sondern hielt auch an einem gemeinsamen Staatsangehörigkeitsrecht für alle Bürger des früheren Deutschen Reiches fest. Auf dieser Entscheidung basierte nicht nur die schnelle Integration der Vertriebenen, der Flüchtlinge sowie der Aus- und Übersiedler, sondern letztlich auch die Wiedervereinigung. Als weiteres Element einer freiheitlichen Demokratie garantierte das Grundgesetz die Meinungs- und Pressefreiheit und schloss eine Zensur aus. Den Medien, anfangs Presse und Rundfunk, später vor allem dem Fernsehen, kam im Laufe der Jahrzehnte eine immer höhere Bedeutung zu, sodass die Rede von einer (informellen) »vierten Gewalt« durchaus eine gewisse Berechtigung hat. Die Verfassung forderte und förderte den Wettstreit der Ideen, die Konkurrenz der Parteien sowie Konflikt- und Konsensbereitschaft der Verbände. Politische Macht erhielten Parteien bzw. Koalitionen nur auf Zeit. In freien Wahlen kann die Regierung abgewählt werden und die Opposition an die Macht gelangen, wenn sie eine Mehrheit zustande bekommt, die sie trägt.

In Ostdeutschland baute die SED die ihr vom sowjetischen Besatzungsregime übertragene Rolle ebenfalls bereits vor der Gründung der DDR zielstrebig aus; schon frühzeitig formulierte sie ihren umfassenden Macht- und Gestaltungsanspruch. Angesichts ihres Misstrauens gegenüber der eigenen Bevölkerung, die wenig Sympathien für sowjetische Soldaten und deutsche Kommunisten hegte, was nach nationalsozialistischer Propaganda, Kriegserfahrungen und dem gewalttätigen Verhalten vieler Rotarmisten, insbesondere der Vergewaltigung von etwa einer Million

Frauen, nicht verwundert, begann sie unverzüglich mit dem Aufbau eigener Sicherheitskräfte, auch zur Kontrolle der eigenen Mitglieder.

Das 1950 installierte Ministerium für Staatssicherheit – die sogenannte Stasi – war dabei nur die Spitze des Eisberges. In den Kontroll- und Unterdrückungsapparat waren darüber hinaus die Polizei, andere staatliche Institutionen und Parteiorganisationen eingebunden. Die DDR war keineswegs ein Stasi-Staat, sondern blieb immer ein SED-Staat mit der Stasi als »Schwert und Schild der Partei«. Das Ministerium für Staatssicherheit sicherte der Partei die Macht im Staat und in der Gesellschaft. Es war politische Geheimpolizei, Ermittlungsbehörde bei »politischen Straftatbeständen« und Nachrichtendienst in einem und betrieb neben der Überwachung und Unterdrückung der eigenen Bevölkerung externe Aufklärungs- und Diversionsmaßnahmen vor allem gegen die Bundesrepublik. Ende 1989 beschäftigte die Stasi etwa 91 000 hauptamtliche und knapp 190 000 inoffizielle Mitarbeiter. Das gesamte Sicherheitspersonal betrug etwa 750 000 Personen. Laut Honecker gab es keinen Bereich, der nicht von den Belangen der »Landesverteidigung«, wie er es nannte, durchdrungen war. Von 1950 bis 1990 spitzelten etwa 600 000 Personen inoffiziell für die Stasi.

Die Eroberung des Staatsapparates und seine Transformation in ein »Instrument im Klassenkampf« gelang der Partei weitgehend bereits vor der Staatsgründung: Statt Gewaltenteilung gab es eine konzentrierte Gewalteneinheit und weder eine unabhängige Justiz oder ein Verfassungsgericht, nicht einmal Verwaltungsgerichte. Die Bevölkerung war der Obrigkeit institutionell und rechtlich ausgeliefert. Alle Macht ging von der Parteiführung und ihrem Apparat aus. Das Politbüro mit einem mächtigen

Generalsekretär (bzw. Ersten Sekretär) an der Spitze bildete die legislative, exekutive und judikative Letztinstanz, die alle wichtigen Entscheidungen bestimmte oder direkt an sich ziehen konnte. Der Parteiapparat der SED war dem Staatsapparat auf zentraler und bezirklicher Ebene vorgeordnet. Die kommunistische Partei stand über dem Staat und damit auch über dem Recht. Bis weit in das Jahr 1989 hinein verfügte die Parteiführung – jenseits der fortdauernden Unterordnung unter die Sowjetunion – ohne Abstriche über eine unbegrenzte und unkontrollierte Machtfülle. Sie verpflichtete die staatlichen Instanzen und Institutionen zur kritiklosen Umsetzung ihrer Beschlüsse und die Staatsbediensteten zur Loyalität gegenüber der SED.

Im Laufe der Jahre gingen die Wege der beiden Deutschlands immer weiter auseinander. Die Bundesrepublik integrierte sich in die westliche Staatengemeinschaft, die DDR in den sowjetischen Machtbereich. Beide Systeme blieben bis zur Wiedervereinigung in das jeweilige wirtschaftliche, politische und militärische Bündnis eingebunden.

Vor dem Hintergrund des neu erreichten Wohlstands und der sozialen Absicherung lösten sich große Teile der westdeutschen Bevölkerung etwa Anfang der 1960er-Jahre von alten Vorstellungen und freundeten sich allmählich mit den westlichen Werten Freiheit und Demokratie, aber auch Individualität an; vielfach assoziierten sie jedoch Demokratie und Freiheit vor allem mit Wohlstand. Die Kennzeichnung der Bundesrepublik jener Jahre als »Schönwetter-Demokratie« hatte insofern durchaus ihre Berechtigung. Mit dem Machtwechsel von Kiesinger zu Brandt im Jahr 1969 und der damit einhergehenden Ablösung der 20-jährigen Dominanz der Unionsparteien erwies sich die Demokratie als stabil und lebendig. Der sozial- und deutschlandpolitische Kurswechsel der sozialliberalen

Koalition führte zwar zu einem erbitterten Streit zwischen der abgelösten Kanzlerpartei und der neuen Koalition, jedoch nicht zu einer politischen Krise oder gar einer Gefährdung der Demokratie.

Der SED-Staat musste dagegen schon wenige Jahre nach seiner Gründung im Juni 1953 um sein Überleben kämpfen. Ohne den Einsatz sowjetischen Militärs wäre es bereits zu diesem Zeitpunkt um die DDR geschehen gewesen. Die Protestierenden führten den kommunistischen Machthabern plastisch vor Augen, dass sie von einer breiten Mehrheit der Bevölkerung keine Zustimmung erwarten konnten. Die sozialistische Diktatur musste die Kontrolle der Bevölkerung und die Repressionen gegenüber Andersdenkenden verschärfen, um nicht in eine erneute Krise zu geraten. Doch acht Jahre später stand der deutsche Teilstaat erneut vor dem Scheitern. Die millionenfache Abwanderung von Menschen Richtung Westen führte zu einem wirtschaftlichen Ausbluten, das nur die Einbe-tonierung des Landes durch den Bau der Berliner Mauer stoppen konnte. Das DDR-Grenzregime brachte etwa 1000 Menschen, die nicht mehr in Unfreiheit leben wollten, den Tod, Tausenden zum Teil schwere Verletzungen und Zehntausenden mehrjährige Haft wegen versuchter »Republikflucht«.

Entgegen der bis zum heutigen Tag von Ostdeutschen aufgestellten Behauptung, es hätte im SED-Staat weniger Verbrechen als in der Bundesrepublik gegeben, saßen, gemessen an der Bevölkerungszahl, vor allem aus diesem Grund im kleineren deutschen Teilstaat immer deutlich mehr Personen in Strafanstalten.

Nach dem Bau der Mauer startete die SED-Führung unter Walter Ulbricht eine Reformoffensive, die jedoch schon nach wenigen Jahren kläglich scheiterte. Der Ver-

such misslang, die Wirtschaft durch die Gewährung von betrieblichen Spielräumen für Investitionen gegenüber dem Westen konkurrenzfähig zu machen. Der wirtschaftliche Graben zwischen der Bundesrepublik und der DDR vergrößerte sich sogar zusehends. Erfolglos blieb ebenfalls der Versuch, Frauen und Jugendliche in der Gesellschaft stärker zu berücksichtigen. Das politische und wirtschaftliche System der DDR blieb in den Führungsetagen männerdominiert. Im Politbüro der SED gab es keine Frau als Mitglied, eine oder zwei Frauen fungierten regelmäßig nur als Kandidaten.

Mitte der 1960er-Jahre giftete die Parteiführung gegen die westliche Popmusik. Walter Ulbricht sprach auf einem Plenum des SED-Zentralkomitees die später viel zitierten und verspotteten Worte: »Die ewige Monotonie des ›yeah yeah yeah‹ ist doch geistestötend und lächerlich.« Jugendliche, die mit dem Aufkommen der Beatmusik noch stärker nach Westen schielten, sollten sich in den parteikonformen Nachwuchs einordnen. Die vor allem aus Großbritannien und den USA nach Deutschland überschwappende Popmusik, einhergehend mit neuen Kleidungsstilen und Frisuren, erfreute sich in konservativen Bevölkerungsschichten Westdeutschlands auch nicht gerade besonderer Beliebtheit. Insbesondere die amerikanische Kultur galt der konservativen Bildungselite als dekadent. Gleichwohl setzte sich die neue Musikrichtung nebst ihren Attributen in der zunehmend amerikanisierten Bundesrepublik rasch durch und konnte auch in der DDR von den Machthabern auf lange Sicht nicht unterdrückt werden, im Gegenteil: Ihre Jugendlichen amerikanisierten sich, sodass sich ausgehend von der Jugend letztlich die westliche Lebensweise mit ihrem Lebensstil auch in der DDR durchsetzte.